

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	6
Militärausgaben	8
Lokale Rüstungsindustrie	9
Streitkräftestruktur	10
Bewaffnung der Streitkräfte	11
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	15
Polizei und andere Sicherheitskräfte	Fehler! Textmarke nicht definiert.

INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS	17
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	17
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	18
Innere Lage im Empfängerland	23
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	25
Bedrohung von Alliierten	26
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	27
Unerlaubte Wiederausfuhr	30
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	31

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Venezuela

Die wichtigsten Waffenlieferanten für Venezuela zwischen 2017 und 2021 waren die Niederlande und Spanien. Die USA waren zwar lange Zeit der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern nach Venezuela. Seit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab und die einzige Lieferung zwischen 2010 und 2021 umfasste 16 leichte Enstrom-480 Hubschrauber.

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionären“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“.

Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstrieche linksgerichteter Militärs unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offizier:innen, der angeblich von den USA unterstützt wurde. Seit dem gescheiterten Putschversuch hat sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt. Inwiefern der Tod Hugo Chavez' und die Amtsübernahme durch Nicolás Maduro das Verhältnis zu den USA verbessern könnte, bleibt abzuwarten.

Unter der Präsidentschaft des 2013 verstorbenen Hugo Chavez wurden die Aufgaben der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so gab es unter Chavez eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen.

Unter Präsident Nicolás Maduro sollen politische und militärische Posten stärker getrennt werden; dies kündigte er nach der Niederlage der Sozialisten bei den Parlamentswahlen Ende 2015 an. Die Entscheidung betrifft offenbar nur aktive Militärs, nicht ehemalige Mitglieder der Armee. Dennoch bedeutet der Schritt eine Zäsur nach 17 Jahren Chavismus, in denen es stets starke Überschneidungen zwischen militärischen und politischen Posten gab. Die Rücksendung aktiver Militärs in die Kasernen soll eine stärkere Einheit schaffen und die Streitkräfte stärken.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern (2008/944/GASP)

Gegen Venezuela bestehen Sanktionen durch die EU, zu denen auch ein Waffenembargo zählt. Die Sanktionen wurden im November 2017 als Reaktion auf die Krise in Venezuela und insbesondere auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und die übermäßige Gewaltanwendung staatlicher Kräfte verhängt. Trotz der liberalen Verfassung ist die Menschenrechtslage in Venezuela als hoch problematisch zu bewerten. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstrierende. Zudem gibt es Berichte über Folter, Entführungen und außergerichtliche Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen sowie korrupte Gerichte.

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionsanhänger:innen deutlich verschärft. Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2018 wurde dessen Nachfolger Maduro offiziell wiedergewählt. Allerdings wurde die Wahl im Januar 2019 von der Nationalversammlung für unrechtmäßig erklärt und deren Präsident, Juan Guaidó, zum Interimspräsidenten erklärt. In den darauffolgenden Unruhen starben bei Zusammenstößen zwischen Demonstrierenden und staatlichen Sicherheitskräften nach UN-Angaben mehrere tausend Menschen. Auch paramilitärische Einheiten und Milizen werden von Staatsseite aus zur Protestbekämpfung eingesetzt. Seit einer erneuten Wahl im Jahr 2020 wird Juan Guaidó von vielen Ländern und internationalen Organisationen nicht mehr als Interimspräsident anerkannt, trotz dem Umstand, dass die Wahlen weder als frei noch fair anerkannt wurden. Maduro hat seither wieder die volle Kontrolle über staatliche Institutionen.

Die Beziehungen zwischen Venezuela und Kolumbien sind angespannt und werden von anhaltenden Grenzstreitigkeiten belastet. Kolumbien ist das Hauptzielland von Menschen, die versuchen, der Krise in ihrem Herkunftsland zu entkommen. Kolumbiens ehemaliger Staatschef Iván Duque unterstützte den von der venezolanischen Nationalversammlung zum Interimspräsidenten erklärten Juan Guaidó und warf der venezolanischen Regierung unter anderem vor, Drogenkartelle und Rebellengruppen in Kolumbien zu unterstützen.

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebellengruppen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Es gab mehrfach Berichte über die unerlaubte Weitergabe von Waffen aus Venezuela an solche Gruppen.

Missmanagement der Regierung und der Fall des Ölpreises ab 2014 haben Venezuela in eine tiefe wirtschaftliche Krise gestürzt. Die Wirtschaft ist seit 2013 kontinuierlich geschrumpft und litt zwischenzeitlich an einer Hyperinflation, die zunächst auch durch Währungsreformen nicht aufgehalten werden konnte. Ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Militärausgaben, die in den Jahren nach 2013 deutlich gesunken sind. Angesichts der enormen wirtschaftlichen Krise und nicht zuletzt auch angesichts zuletzt stark gefallener Ausgaben im Gesundheitsbereich besteht zumindest ein theoretisches Risiko, dass eine Erhöhung der Militärausgaben auf Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gehen könnte.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2021 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	IFF-Sekundärradarsystem: 90,7%	0,77
2000	IFF-Sekundärradarsystem: 53,4% Teile für gepanzerte Fahrzeuge: 46,6%	0,64
2001	Teile für Mannschaftstransporter: 72,3%	0,16
2002	Teile für militärische Fahrzeuge: 95,2%	0,20
2003	Teile für LKW [Anteil nicht erwähnt]	0,23
2004	Teile für U-Boote: 99,0%	37,37
2005	Hydrophone: 50,8% Geländewagen: 48,5%	0,64
2006	Funküberwachungssysteme, Mess- und Prüfausrüstung: 100%	21,93
2007	Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 99,6%	7,31
2008	Teile für U-Boote: 100%	9,0
2009	---	---
2010	---	---
2011	---	---
2012	---	---
2013	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,19
2014	---	---
2015	---	---
2016	---	---
2017	---	---

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2018	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft]: 100%	0,19
2019	Geländewagen mit Sonderschutz [Botschaft] und Teile für den ballistischen Schutz [Botschaft]: 100,0%	0,87
2020	---	---
2021	---	---

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2021, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1
Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2021

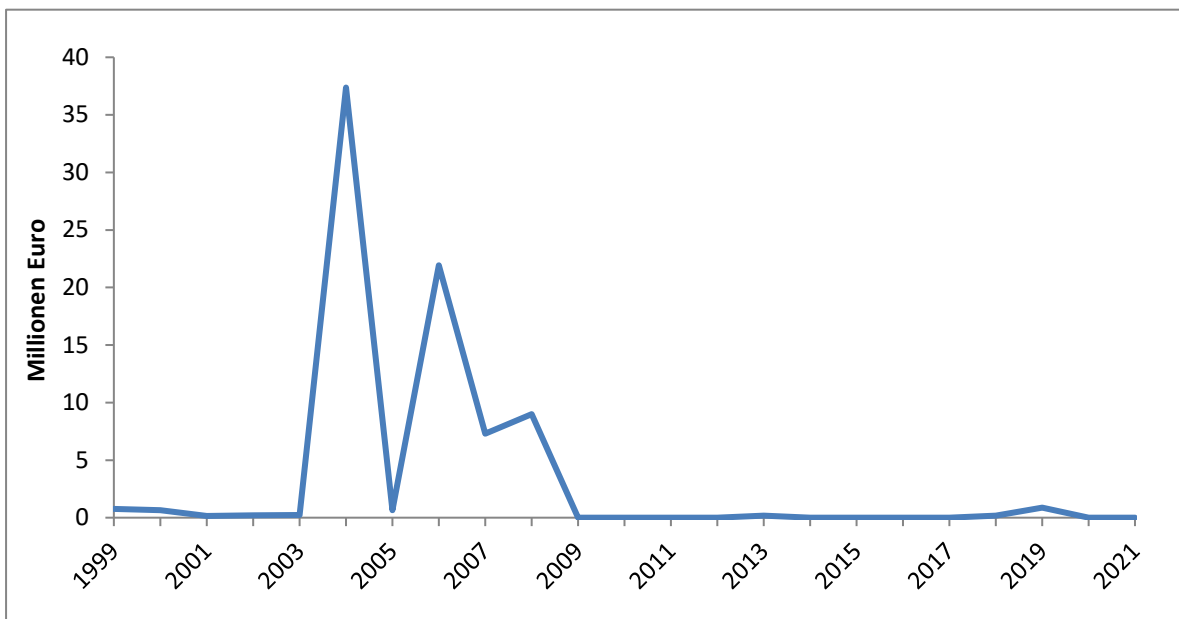


Tabelle 2
Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Venezuela 2000-2021

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
4	MTU-1163	Dieselmotor	1998	2002	4	Für 2 modernisierte Lupo Fregatten

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
32	MTU-1163	Dieselmotor	(2006)	2009-2020	32	Für 4 POVZEE- und 4 Guai-camacuto-Patrouillenschiffe
(1)	Do-228	Leichtes Transportflugzeug	2013	2014	1	Ursprünglich 8 bestellt, aber nur 1 geliefert
2	Do-228	Leichtes Transportflugzeug	2013	2014	2	Gebraucht

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

2004 stiegen die deutschen Rüstungsexporte nach Venezuela wegen der Lieferung von U-Boot-Teilen stark an, 2006 erreichten sie mit 22 Millionen Euro den zweithöchsten Wert. Von 2009 bis 2017 wurden lediglich in einem Jahr, 2013, Rüstungsgüter (Geländewagen für Botschaftspersonal) geliefert. 2018 und 2019 erhielt die deutsche Botschaft erneut Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für den ballistischen Schutz. Seither wurden keine Ausfuhren nach Venezuela mehr genehmigt oder vollzogen.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Venezuela 2017-2021, Mio. TIV¹

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	-	14	-	79	-	93

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

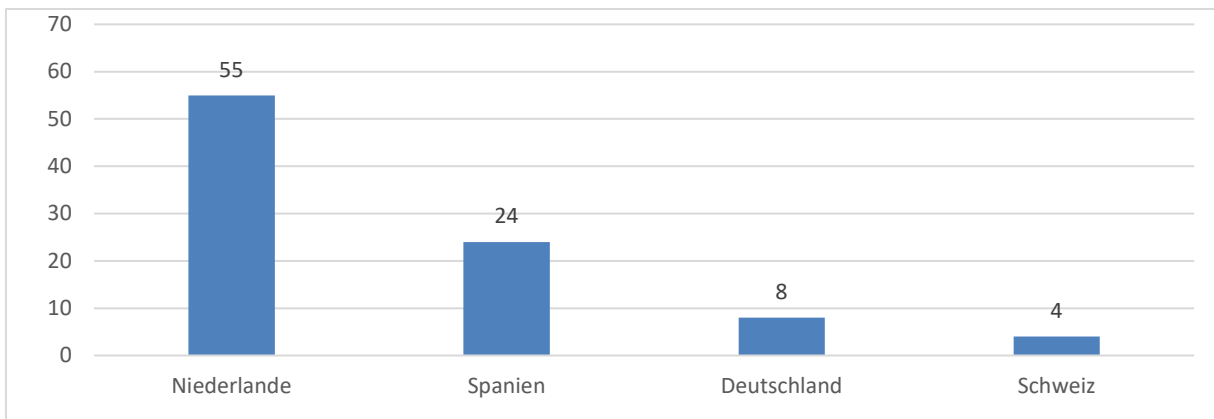
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Venezuela 2017-2021, Mio. TIV

Jahr	2017	2018	2019	2020	2021	2017-2021
Summe	-	-	-	8	-	8

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2017-2021, Mio. TIV

Quelle: SIPRI Arms Transfer Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI Arms Transfers Database (Stand: März 2022) rangierte Venezuela zwischen 2017 und 2021 an 85. Stelle unter den weltweit größten Waffenimporteuren. Traditionell waren die Vereinigten Staaten lange Zeit der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern nach Venezuela. Mit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab. Ab 2003 lieferten die USA keine Waffen mehr in das lateinamerikanische Land. 2015 importierte Venezuela dann erstmals wieder: Die USA lieferten 16 leichte Enstrom-480 Hubschrauber nach Venezuela.

Auch EU-Staaten wie die Niederlande und Spanien beliefern Venezuela, im Zeitraum 2017 bis 2021 sogar als wichtigste Lieferanten. Bis 2020 lieferte Spanien vier Patrouillenboote (TYP BVL) im Wert von 1,2 Mrd. Euro. Venezuela hatte bereits 2011 bis 2012 vier Patrouillenboote (Typ POVZEE) aus Spanien bezogen. Die Niederlande lieferten bis 2020 die acht im Jahr 2006 bestellten Aufklärungssysteme des Typs MIRADOR zur Ausrüstung der spanischen Aufklärungsschiffe. Außerdem lieferten die Niederlande weitere 20 See- und Luftradargeräte. Zwischen 2015 und 2020 wurden zudem fünf Stan Lander-5612 Landungsschiffe geliefert. Die venezolanische Marine ist seit diesem Modernisierungsprogramm sehr gut aufgestellt und nimmt im regionalen Kontext eine führende Position

ein. Die Schweiz lieferte zwischen 2009 und 2020 acht GDM-008 35mm (Nahbereichsverteidigungssysteme).

Venezuela kaufte aufgrund der verminderten Beziehungen zu den USA zeitweise verstärkt Waffen in Russland ein. Zwischen 2013 und 2017 verkaufte Russland Venezuela Waffen im Wert von rund einer Milliarde Dollar. Grundsätzlich war Russland bis einschließlich 2014 einer der wichtigsten Rüstungslieferanten Venezuelas: Zwischen 2010 und 2014 hat es allein im Wert von rund 1,8 Mrd. US-Dollar Rüstungsgüter exportiert. Die starken Handelsbeziehungen zwischen Russland und Venezuela galten als Teil der Strategie des Kremls, Einfluss auf Lateinamerika zu nehmen und sich damit als Gegengewicht zu den USA in der Region zu etablieren. Nach 2014 hat Russland jedoch keine Rüstungsgüter mehr geliefert.

Des Weiteren baute Venezuela die Kooperation mit China weiter aus. Auch zwischen 2016 und 2020 war China Venezuelas wichtigster Lieferant von Großwaffensystemen, dicht gefolgt von der Ukraine. 2012 schlossen China und Venezuela einen 500-Millionen-Dollar-Handel ab, der unter anderem 91 Schützenpanzer, 121 gepanzerte Mannschaftstransporter sowie neun leichte Panzer umfasst. 2016 empfing Venezuela neun Trainingsflugzeuge des Typs Hongdu K-8W aus China, welche unter anderem drei durch Unfälle verlorene Flugzeuge ersetzen. Im Zuge der innenpolitischen Unruhe verringerten sich die chinesischen Rüstungsexporte jedoch erheblich, sodass das letzte Rüstungsgeschäft zwischen Venezuela und China (eine unbekannte Anzahl an Seezielflugkörpern) 2017 beschlossen wurde. Die Ukraine lieferte ebenso 12 Landungsboote des Typs Stan Lander-5612 und neun Triebwerke für K-8 Übungsflugzeuge aus China.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP (Mio. USD)

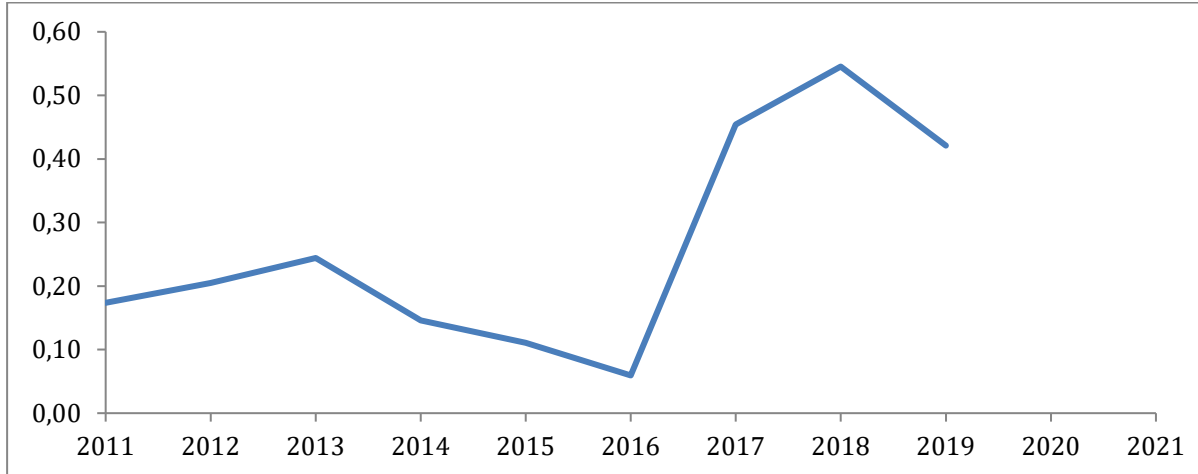
	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	0,45	0,54	0,42	-	-
Anteil am BIP (in Prozent)	2,2	0,15	0,18	-	-
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	-	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD

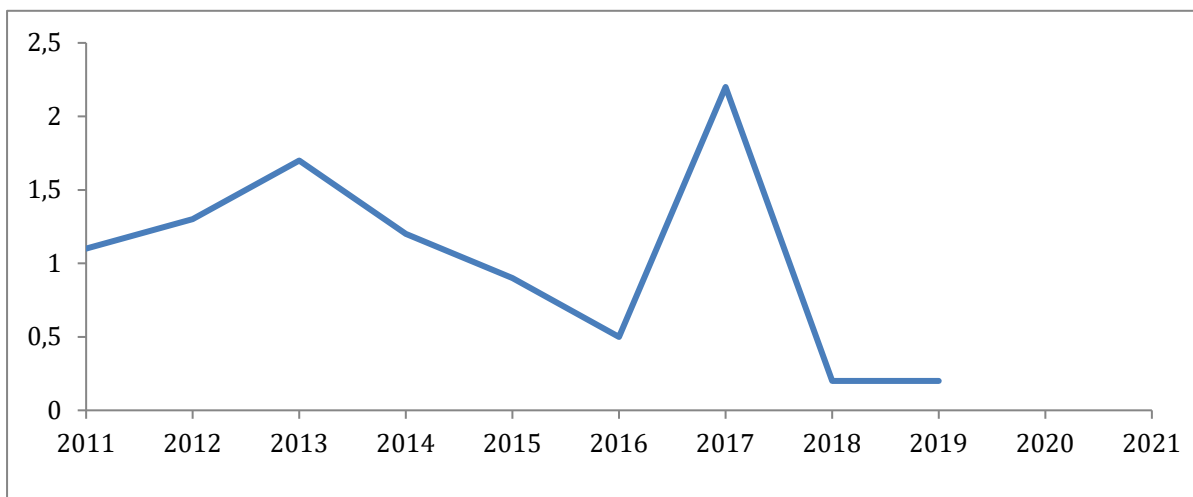


Angaben in konstanten Preisen USD mit dem Basisjahr 2020.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die venezolanische Rüstungsindustrie beschränkt sich im Wesentlichen auf die Herstellung von Kleinwaffen, Munition und Explosivstoffen. Die 1975 gegründete größte Waffenfirma, Compañía Anónima Venezolana de Industrias Militares (CAVIM) mit Sitz in der

Hauptstadt Caracas stellt u. a. mit Lizenz und Unterstützung der belgischen Firma Fabrique Nationale Herstal das automatische Sturmgewehr FN FAL her.

Bereits 2006 gab es erste Gespräche mit Russland im Rahmen einer allgemein intensiveren Rüstungskooperation zwischen den Ländern über den Bau von Rüstungsfabriken zur Herstellung des Sturmgewehrs Kalaschnikow und entsprechender Munition. Meldungen zu Folge hat Ende 2009 der Bau dieser Fabriken begonnen. Nach Fertigstellung der Fabriken in dem Bundesstaat Aragua sollen sie bis zu 1.500 Menschen einen Arbeitsplatz bieten. 2012 sollen die AK-103-Fabriken offiziell eröffnet worden sein, allerdings fehlten zu dem Zeitpunkt noch einige Produktionsmaschinen. 2013 lieferte CAVIM demnach erstmals einige Kalaschnikows an die venezolanische Armee, voll funktionsfähig soll die Fabrik allerdings erst seit 2019 sein. Seit 2016 soll CAVIM auch in der Lage sein, eigene Mörser (M66) herzustellen. Im Jahr 2006 wurde die erste inländisch entwickelte Handfeuerwaffe (Pistola Zamorana) vorgestellt.

Ebenso zu erwähnen ist die Centro Nacional de Repotenciación CA (CENARECA), welche bspw. das militärische Mehrzweckfahrzeug Tiuana herstellt und ebenfalls in Caracas sitzt. Die staatliche Schiffswerft UCOCAR ist für Reparaturen, Wartung und teilweise für Ausrüstungsaufgaben verantwortlich. Im Unterschied zu CAVIM und UCOCAR ist CENARECA allerdings kein staatliches Unternehmen.

Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise und Sanktionen durch die USA verkündete Präsident Nicolas Maduro 2020 die Gründung einer staatlichen Agentur an, die die Entwicklung eigener militärischer Waffensysteme vorantreiben soll (Consejo Militar, Científico y Tecnológico).

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: 30 Monate (selektiv), variiert je nach Region

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

123.000 aktiv, davon:

Heer: 63.000

Marine: 25.500

Luftwaffe: 11.500

Nationalgarde: 23.000

Reserve: 8.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 220.000

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Aktive in 1.000 (IISS)	115	115	115	115	123	123	123	123	123
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,9	3,8	3,8	3,9	4,2	4,3	4,3	4,3	4,3

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	173	
Leichte Panzer	109	
Schützenpanzer	237	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	81	
Aufklärer	121	
Bergepanzer	5	
Brückenlegepanzer	Einige	<i>Leguan</i>
Transportflugzeuge	28	
Kampfhubschrauber	9	
Mehrzweckhubschrauber	32	
Transporthubschrauber	9	
Artillerie	Mehr als 515	
Panzerabwehr	250	Zahl der rückstoßfreien Abschussgeräte und Geschütze; zusätzlich einige Panzerabwehrwaffen IMI MAPATS

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Hauptaufgabe der venezolanischen Streitkräfte sind der Schutz der territorialen Integrität sowie Operationen zur inneren Sicherheit und Drogenbekämpfung. Sie sind grundsätzlich ausreichend ausgestattet, um ihre dahingehenden Aufgaben wahrzunehmen – die wirtschaftliche Notlage des Landes schlägt sich jedoch auch in den Militärausgaben und somit zunehmend in der Verfügbarkeit von militärischen Gerätschaften nieder. Die Instandhaltungsmaßnahmen und Neuanschaffungen können nicht im geplanten Umfang getätigt werden.

Lange Zeit bestand der Großteil der Waffensysteme des Heeres aus den Vereinigten Staaten. Mit der Wahl des linksgerichteten Hugo Chavez zum Staatspräsidenten 1998 kühlten die Beziehungen zwischen Venezuela und der US-Regierung allerdings erheblich ab, und Venezuela kaufte verstärkt Waffen in Russland. In den letzten Jahren war auch China ein sehr wichtiger Waffenlieferant für Venezuela. So wurden im Rahmen eines Programmes zur Neuausrüstung aller fünf Militäreinheiten Venezuelas allein zwischen 2015 und 2016 insgesamt rund 2.100 Fahrzeuge aus China geliefert (Infos zu weiteren Waffenkäufen: siehe [Kommentar zu den Waffenkäufen](#)). Die Ausrüstung gilt derzeit als relativ modern und stammt vornehmlich aus russischer und chinesischer Produktion.

Berichten zufolge konkurrieren derzeit mehrere europäische Rüstungsfirmen um einen Vertrag zur Produktion und Lieferung von ca. 200 gepanzerten Fahrzeugen, die vermutlich vor allem zur Bekämpfung innerer Unruhen genutzt werden sollen. Im Februar 2005 wurde erstmalig bekannt, dass Venezuela beabsichtigt, 100.000 Sturmgewehre der Typen AK-103 und AK-104 aus Russland zu importieren. Die komplette Lieferung wurde 2006 getätigt. Die neuen Gewehre sollen nach offiziellen Angaben die bisherige Standard-Waffe der Infanterie, die belgische FN FAL, ersetzen. Seit 2010 produziert die venezolanische Rüstungsfirma CAVIM die AK-103 zudem selbst. Durch umfangreiche Rüstungsgeschäfte insbesondere mit Russland sind auch die Waffensysteme des Heeres modernisiert und ersetzt worden. Auffallend ist der massive Rückgang von Aufklärern in den vergangenen Jahren.

2019 erhielt die venezolanische Armee zudem eine unbestimmte Anzahl generalüberholter Artilleriegeschütze und taktischer Fahrzeuge sowie im September 2020 ca. 100 Tiuana Mehrzweckfahrzeuge in diversen Ausführungen aus heimischer Produktion.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	2	Davon eins nicht einsatzfähig
Fregatten	3	Davon eine nicht einsatzfähig
Patrouillenboote	10	
Amphibienfahrzeuge	7	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Logistik und Unterstützung	10	

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

- 2 Seeaufklärer (kampffähig)
- 7 Transportflugzeuge
- 12 Mehrzweckhubschrauber
- 4 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr
- 1 Ausbildungshubschrauber
- 1 Transporthubschrauber

Marineinfanterie:

- 10 leichte Panzer
- 37 gepanzerte Mannschaftstransporter
- 21 Schützenpanzer
- 11 amphibische Mannschaftstransporter
- 1 Bergepanzer
- 1 Pionierpanzer
- 14 Amphibienfahrzeuge (Landungsboote)
- 23 Patrouillenboote
- 30 Artilleriegeschütze
- Einige Panzerabwehrraketen

Küstenwache:

- 22 Patrouillenboote
- 4 Logistik- und Unterstützungsschiffe

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Venezuelas Marine befindet sich grundsätzlich in einem umfassenden Modernisierungs- und Umstrukturierungsprozess, mit dem Ziel, die Marine in eine green-water/brown-water navy (Operationsradius sind die Küstengewässer und regionale Meere) umzubauen. Gegenwärtig beschränken sich die maritimen Fähigkeiten Venezuelas auf Überwachung der Küsten und befähigen sie, als Strafvollstreckungsakteur zur See in Erscheinung zu treten. Die geplante Anschaffung mehrerer russischer U-Boote, neuer Freigattungen, einzelner amphibischer Kampfschiffe sowie leichter Hubschrauberträger würden die Kapazitäten der venezolanischen Marine deutlich erweitern und verbessern. Spanische Freigattungen, ausgestattet mit modernen Waffensystemen, spielen dabei ebenso eine

zentrale Rolle. Auch der Modernisierungsprozess der Marine wird durch die wirtschaftliche Lage jedoch derzeit ausgebremst.

Berichten zufolge haben sowohl Spanien (CN-235 Seeaufklärer) als auch Frankreich (drei U-Boote der Scorpene Klasse) Rüstungsgeschäfte unter zunehmendem Druck der USA zurückgezogen, da die USA in weiteren Rüstungsgeschäften die Gefahr sehen, dass sie die militärische Balance der Seestreitkräfte in der Region negativ verändern würden. Im Juli 2014 wurde zudem die Auslieferung von acht Küstenpatrouillenbooten aus spanischer Produktion (vier der Guaiquerí-Klasse und weitere vier der Guaicamacuto-Klasse aus der spanischen Werft Navantia) abgeschlossen. Die venezolanische Marine ist gut aufgestellt und nimmt im regionalen Kontext eine führende Position ein.

Laut *Military Balance 2022* befindet sich eines der beiden U-Boote in Nachrüstung und ein weiteres U-Boot sowie mindestens eine der drei Fregatten sind derzeit nicht einsatzfähig.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	22	
Jagdbomber	18	
Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung	4	
Ausbildungsflugzeuge	83	Davon 41 kampffähig
Tankflugzeuge	1	
Transportflugzeuge	75	Davon einige C-130H <i>Hercules</i> eingelagert; 5 Passagierflugzeuge
Mehrzweckhubschrauber	8	
Transporthubschrauber	22	Davon 2 Mi-172 für VIP
Raketen	Einige	u. a. AIM-9L/P <i>Sidewinder</i> ; AS-18 <i>Kazoo</i>

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Box 3
Weitere Luftwaffeneinheiten

Luftverteidigungskommando (CODAI):
Mehr als 440 Luftabwehrgeschütze, zusätzlich einige Raketen

Quelle: *IISS Military Balance 2022*

Kommentar

Derzeit betreibt Venezuela ein ehrgeiziges Modernisierungs- und Beschaffungsprojekt, das insbesondere die Luftwaffe betrifft. Seit 2010 hat Venezuela Transportflugzeuge sowie Panzer von China geordert. Von Russland bekam das Land Boden-Luft-Raketen, Panzerabwehr-Raketen, Artillerie und Helikopter. Die starken Handelsbeziehungen zwischen Russland und Venezuela gelten als Teil der Strategie des Kremls, Einfluss auf Lateinamerika zu nehmen und sich damit als Gegengewicht zu den USA in der Region zu etablieren. So ist die venezolanische Luftwaffe unter anderem mit russischen Su-30MK2s ausgestattet. Im November 2015 wurde bekannt, dass das Land weitere zwölf Su-30 Kampfflieger von Russland bestellen will, im Rahmen eines Vertrags in Höhe von rund 480 Millionen Dollar. Gleichzeitig wurde angekündigt, Venezuela wolle die Summe der Waffenimporte aus Russland und China in den kommenden Jahren ausbauen

Es wird ebenfalls geplant, Militärflugzeuge des Typs „Super Tucano“ des brasilianischen Produzenten Embraer zu beschaffen. Gerüchte über eine geplante Lieferung von etwa 50 modernen MiG-29 Kampfflugzeugen aus Russland haben sich nicht bestätigt. Im April 2015 empfing Venezuela 30 Ausbildungsflugzeuge des österreichischen Konzerns Diamond Aircraft, welche insbesondere für das neu errichtete fliegerische Trainingszentrum der venezolanischen Streitkräfte genutzt werden.

Box 4

Nationalgarde

44 gepanzerte Mannschaftstransporter

3 Ausbildungsflugzeuge

34 Transportflugzeuge

5 Ausbildungshubschrauber

13 Mehrzweckhubschrauber

18 Transporthubschrauber

34 Patrouillenboote

50 Artilleriegeschütze

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 5

Peacekeeping

Venezuela nimmt an keinen Peacekeeping-Missionen teil.

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

In der Vergangenheit wurden die venezolanischen Streitkräfte immer wieder zur Bekämpfung von sozialen Unruhen im Land eingesetzt. So kamen Ende der 1980er Jahre bis zu 2.000 Menschen durch Militäreinsätze im Inland ums Leben. Die militärische Führung

ist stark politisiert und seit den frühen 1990er Jahren in zwei Flügel gespalten: Eine linke „bolivarisch-revolutionäre“ Gruppe, die sich wohl als Folge der Unzufriedenheit mit der herrschenden Elite vor allem in der armen Bevölkerung bildete, sowie eine eher rechtsgerichtete, konservative Gruppe von „Institutionalisten“. Abhängig von der politischen Ausrichtung der jeweiligen Regierungspartei haben beide Lager bereits Putschversuche unternommen, die bisher allerdings immer erfolglos blieben. Anfang der 1990er Jahre misslangen zwei Staatsstriche linksgerichteter Militärs unter dem damaligen Oberst und späteren Präsidenten Hugo Chavez. Seit der demokratischen Wahl von Chavez zum Staatsoberhaupt im Jahr 1998 kam es am 11. und 12. April 2002 im Zusammenhang mit Großdemonstrationen der Oppositionsparteien gegen die Regierung wiederum zu einem Militärputsch konservativer Offizier:innen, der angeblich von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde. Die Oberbefehlshaber:innen von Heer und Nationalgarde verweigerten Chavez ihren Gehorsam und der Präsident des Arbeitgeberverbandes erklärte sich zum Übergangspräsidenten. Allerdings konnte sich nur wenige Tage später der linke Flügel in der Armee gegen die Putschist:innen durchsetzen, sodass Chavez bereits am 14. April seine Amtsgeschäfte wieder aufnehmen konnte. Seit dem gescheiterten Putschversuch hatte sich das Standbein des Chavez-treuen Flügels innerhalb der venezolanischen Streitkräfte erheblich verstärkt. Viele oppositionelle Offizier:innen sind bis zum Tode Chavez' entweder ins Ausland geflüchtet, wurden verurteilt, entlassen oder vorzeitig in Rente geschickt.

Unter der Präsidentschaft von Hugo Chavez wurden die Aufgaben der Streitkräfte erheblich erweitert. Beschränkte die Verfassung von 1961 die Rolle des Militärs auf die reine Landesverteidigung, so soll es jetzt eine aktive Funktion bei der Förderung der sozialen Entwicklung des Landes sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen übernehmen. Chavez äußerte sich in einem Interview mit der Zeitung Die Welt dazu folgendermaßen: „Wir müssen die Rolle der Streitkräfte radikal neu definieren: Die Zeit der Militärdiktaturen ist vorbei, aber das Militär darf auch nicht dazu verurteilt werden, zusehen zu müssen, wie eine korrupte Funktionärskaste das Land kaputt macht. Das Militär ist traditionell zuständig für die Sicherheit und Verteidigung der Nation. Wir wollen, dass es teilnimmt am sozialen Aufbau; es soll Brücken und Krankenhäuser bauen, Straßen reparieren und im Erziehungsbereich aktiv werden. Kurz: Es soll sich nützlich machen, um Venezuela voranzubringen - allerdings immer nur in einem demokratischen Rahmen und damit der Politik untergeordnet.“ Die sogenannte zivil-militärische Union soll die Entwicklungen früherer Jahrzehnte beheben, in denen das Militär häufig von der Bevölkerung getrennt war. Das neue Ziel Chavez war es, das Militär so weit wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren und sie zum Teil der Bevölkerung machen. Allerdings wird von vielen Beobachter:innen eben das Fehlen eines solchen „demokratischen Rahmens“ kritisiert. Die neue Verfassung von 1999 schränkte die Möglichkeiten ziviler Kontrolle über den Militärapparat erheblich ein. Es gibt keine parlamentarische Übersicht über das Militärbudget und geplante Beschaffungen. Ebenso sind zivile Gerichtshöfe nicht dazu autorisiert, Angehörige der Streitkräfte anzuklagen und zu verurteilen. Präsident Chavez, der am 7. Oktober 2012 in seinem Amt bestätigt wurde, hat angekündigt, die militärischen Reservekräfte des Landes durch die Bildung von kleinen Verteidigungseinheiten auf Gemeindeebene, die zwischen zehn und 500 Personen umfassen sollen, zu vergrößern.

Unter Präsident Nicolás Maduro (seit 2013) sollten politische und militärische Posten stärker getrennt werden; dies kündigte er nach der Niederlage der Sozialisten bei den Parlamentswahlen Ende 2015 an. Die Entscheidung betraf offenbar nur aktive Militärs und nicht ehemalige Mitglieder der Armee. Dennoch bedeutete der Schritt zunächst eine Zäsur nach 17 Jahren Chavismus, in denen es stets starke Überschneidungen zwischen militärischen und politischen Posten gab. Die Rücksendung aktiver Militärs in die Kasernen sollte die Streitkräfte stärken. Grundsätzlich ist der Ansatz der „zivil-militärischen Allianz“ aber auch unter Maduro leitend. De facto haben die Streitkräfte seither an Einfluss und Ressourcen hinzugewonnen und stellen eine wichtige Säule des Maduro-Regimes dar. Obwohl die Ansichten innerhalb des Militärs stark divergieren, steht eine große Mehrheit auf Seiten Maduros, da die Opposition aus Sicht der Militärs keine attraktive Zukunft für die Streitkräfte anbietet, engere Beziehungen zu dem als traditionellen Feind wahrgenommenen USA anstreben und den Streitkräfte Menschenrechtsverletzungen vorwerfen und eine Verfolgung dieser anstreben.

Auch Amnesty International berichtet seit 2014 von gravierenden Menschenrechtsverstößen durch das Militär und weiterer Sicherheitskräfte und weist darauf hin, dass eine UN-Untersuchungskommission die Beteiligung von Präsident Maduro und hochrangigen Militärs an Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgestellt hat. Demnach werden staatliche Sicherheitskräfte zunehmend zur Repression eingesetzt. Einige hochrangige Militärs fürchten daher eine drohende Strafverfolgung unter oppositioneller Führung und stützen das Maduro-Regime eher aus Selbstschutz als aus Überzeugung. Das Ansehen der Streitkräfte hat dementsprechend, auch einer Umfrage des Latinobarometers aus dem Jahr 2020 folgend, sehr gelitten: 53 Prozent der Befragten hat überhaupt kein Vertrauen und 26 Prozent der Befragten nur wenig Vertrauen in die Streitkräfte. Vor dem Amtsantritt Maduros im Jahr 2013 gaben immerhin noch 55 Prozent der Befragten an, etwas bis viel Vertrauen in die Streitkräfte zu haben.

Im Mai 2020 kam es zudem zu einem vereitelten Putschversuch. Nach aktuellen Informationen versuchten venezolanische Ex-Militärs (initiiert durch das strategische Komitee des Oppositionellen Juan Guaidó) mithilfe US-amerikanischer Söldner:innen den internationalen Flughafen in Maiquetia unter ihre Kontrolle zu bringen und den Präsidenten in Gefangenschaft zu nehmen. Die sogenannte *Operation Gideon* soll dabei dem Regime jedoch bereits lange bekannt gewesen und von Beamt:innen unterlaufen worden sein. Es bleibt also weiterhin fraglich, inwiefern von einem ernsthaften Putschversuch gesprochen werden kann.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2016	2017	2018	2019	2020
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	-	-	-	-	-

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e9geda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Die Polizei in Venezuela ist dezentralisiert und stark zergliedert. Die Behörde, welche sich am ehesten mit Polizeiarbeit beschäftigt ist die *Cuerpo de Investigaciones Científicas, Penales y Criminalísticas* (CICPC). Sie ist für Strafverfolgung und forensische Arbeit verantwortlich und hat etwa 8.000 Beamt:innen. Die 23 Bundesstaaten Venezuelas haben außerdem ihre eigenen Polizeieinheiten und kommen zusammen auf etwa 50.000 Beamt:innen. Zusätzlich gibt es die *Dirección de los Servicios de Inteligencia y Prevención* (DISIP), einen Inlandsgeheimdienst, welcher dem Ministerium für Inneres und Recht untersteht. Als interne Sicherheitsbehörde ist sie insbesondere mit Gegenspionage betraut, wird jedoch seitens verschiedener Menschenrechtsgruppen immer wieder für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. Seit 2009 hat Venezuela im Rahmen einer Polizeireform auch eine neue nationale Polizei. Diese *Policía Nacional Bolivariana* (PNB) hat eine deutlich höhere Erfolgsquote in der Kriminalitätsbekämpfung im Vergleich zu lokaler Strafverfolgung und Prävention. Die Beamt:innen der PNB verdienen außerdem deutlich mehr als andere Polizist:innen in Venezuela. Je nach Lage wird auch die Nationalgarde, *Guardia Nacional de Venezuela*, zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und weiteren polizeilichen Tätigkeiten herangezogen. Diese hat über 23.000 Mitglieder und ist unter anderem mit 44 gepanzerten Mannschaftstransportern (davon 20 deutsche des Typs UR-416), weiteren 121 gepanzerten Fahrzeugen, 37 leichten Flugzeugen und 36 Hubschraubern sowie 34 Patrouillenbooten ausgestattet.

Auch die polizeilichen Sicherheitskräfte, wie etwa die FAES (*Fuerzas de Acciones Especiales de la Policía Nacional Bolivariana*), werden von Amnesty International mit zunehmenden Menschenrechtsverletzungen in Verbindung gebracht. Bestätigt wurden diese Vorwürfe in einem UN-Sonderbericht 2019. Es kann also davon ausgegangen werden, dass die Hauptaufgaben der bewaffneten Streitkräfte, wie die Drogenbekämpfung und Wahrung der territorialen Integrität, schrittweise dem Erhalt der inneren Sicherheit und dem Regimeschutz weichen.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Möglicherweise kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT) 2014	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Gegen Venezuela bestehen Sanktionen durch die EU zu denen auch ein Waffenembargo zählt. Die Sanktionen wurden im November 2017 als Reaktion auf die Krise in Venezuela und insbesondere auf die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und die übermäßige Gewaltanwendung staatlicher Kräfte verhängt. Im November 2022 wurde dieses nochmals verlängert und gilt nun bis Januar 2023.

Venezuela ist mehreren internationalen Abrüstungsabkommen beigetreten, auch der Anti-Personenminen-Konvention von 1999. Bis 2003 hat Venezuela nach eigenen Angaben rund 35.000 von 46.000 Anti-Personen-Minen zerstört. Es war als Exporteur von Anti-Personenminen bekannt, hat ihre Produktion nach eigenen Angaben allerdings eingestellt.

Sowohl dem Übereinkommen über Streumunition wie auch dem ATT ist Venezuela nicht beigetreten.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2021

While Venezuela is legally a multiparty, constitutional republic, the authoritarian regime led by Nicolas Maduro usurped control over all branches of government: executive, judicial, legislative, the offices of the prosecutor general and ombudsman, and the electoral institutions. In December 2020 the Maduro regime organized parliamentary elections that were rigged in favor of the regime, and approximately 60 countries and international bodies publicly declared the elections were neither free nor fair.

Civilian authorities' control over the security forces continued to decline and was deeply politicized. Increasingly unpopular with citizens, the Maduro regime depended on civilian and military intelligence services, and to a lesser extent, progovernment armed gangs known as colectivos, to neutralize political opposition and subdue the population. The Bolivarian National Guard – a branch of the military that reports to the Ministry of Defense and the Ministry of Interior, Justice, and Peace – is responsible for maintaining public order, guarding the exterior of key government installations and prisons, conducting counternarcotics operations, monitoring borders, and providing law enforcement in remote areas. The Ministry of Interior, Justice, and Peace controls the National Scientific Criminal, and Investigative Corps, which conducts most criminal investigations, and the Bolivarian National Intelligence Service, which collects intelligence within the country and abroad and is responsible for investigating cases of corruption, subversion, and arms trafficking. Police include municipal, state, and national police forces. Mayors and governors oversee municipal and state police forces. The Bolivarian National Police report to the Ministry of Interior, Justice, and Peace. The national police largely focused on policing Caracas' Libertador municipality; patrolling Caracas-area highways, railways, and metro system; and protecting diplomatic missions. The national armed forces patrolled other areas of the country. There were credible reports that members of security forces committed numerous abuses, and a 2020 United Nations report concluded there were reasonable grounds to believe that Maduro regime authorities and security forces committed crimes against humanity.

Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings by regime forces; forced disappearances by the regime; torture and cruel, inhuman, and degrading treatment by security forces; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary arrest or detention by security forces; political prisoners or detainees; serious problems with independence of the judiciary; unlawful interference with privacy; punishment of family members for offenses allegedly committed by an individual; serious restrictions on free expression and media, including violence or threats of violence against journalists, unjustified arrests or prosecutions of

journalists, and censorship; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the freedom of peaceful assembly and freedom of association, including overly restrictive laws on the organization, funding, or operation of nongovernmental organizations and civil society organizations; inability of citizens to change their government peacefully through free and fair elections; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious government corruption; serious restrictions on or harassment of domestic and international human rights organizations; lack of investigation of and accountability for gender-based violence; significant barriers to accessing reproductive health; trafficking in persons; crimes involving violence or threats of violence targeting indigenous persons and lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, or intersex persons; and the worst forms of child labor.

The Maduro regime took no effective action to identify, investigate, prosecute, or punish officials who committed human rights abuses or corruption.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2021
<https://www.state.gov/reports/2021-country-reports-on-human-rights-practices/venezuela/>

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2021/2022

The continuing human rights crisis in Venezuela saw further reports of extrajudicial executions, excessive use of force and unlawful killings by the security forces during the year. People expressing criticism of government policies – including political activists, journalists and health workers – were subjected to repressive measures including criminalization, unfair trials and arbitrary detention. There were reports of torture and other ill-treatment and enforced disappearance of those arbitrarily detained. Human rights defenders were stigmatized and faced obstacles in carrying out their work. The humanitarian crisis worsened with widespread shortages of services and high levels of extreme poverty. These and the ongoing undermining of health service infrastructure were exacerbated by the COVID-19 pandemic. People returning to the country were held in state-run quarantine centres in conditions and for lengths of time that may have constituted arbitrary detention and ill-treatment. The UN Fact-Finding Mission (FFM) on Venezuela established there were reasonable grounds to believe that crimes against humanity have been committed in Venezuela since 2014 and that President Maduro and senior military and ministerial figures ordered or contributed to the crimes documented in its report.

Quelle: Amnesty International Report 2021/2022
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4870/2022/en/>

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Venezuela auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 13/60

Politische Rechte: 1/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (14/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

Venezuela's democratic institutions have deteriorated since 1999, but conditions have grown sharply worse in recent years due to harsher crackdowns on the opposition and the ruling party relying on widely condemned elections to control all government branches. The authorities have closed off virtually all channels for political dissent, restricting civil liberties and prosecuting perceived opponents without regard for due process. The country's severe humanitarian crisis has left millions struggling to meet basic needs, and driven mass emigration.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/venezuela/freedom-world/2022>

Kommentar

Trotz der liberalen Verfassung ist die Menschenrechtslage in Venezuela insgesamt als hoch problematisch zu bewerten. Dies trifft insbesondere für den Sicherheitssektor zu. Menschenrechtsorganisationen kritisieren das unverhältnismäßig harte Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstrant:innen. Berichte über Folterungen und unrechtmäßige Tötungen von Gefangenen, schlechte Zustände in den Gefängnissen sowie korrupte Gerichte sind weit verbreitet. Im Zuge der gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen der sozialistischen Regierung von Präsident Maduro und oppositionellen Kräften seit 2014 (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“), hat sich die Menschenrechtssituation weiter verschlechtert. Zählten Folter und das Verschwindenlassen politischer Gegner:innen schon zuvor zu den Methoden der Sicherheitskräfte, so nahmen diese Praktiken insbesondere in den Jahren 2018 und 2019 laut Berichten von Journalist:innen und Menschenrechtsorganisationen noch einmal deutlich zu.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

By the close of the review period, Venezuela continued to have two presidents and two legislatures. The de facto power-wielding President Nicolás Maduro and the National Assembly elected in an un-free and unfair process in December 2020 had been recognized by about 20 countries, while nominal interim President Juan Guaidó and the legitimate National Assembly elected in 2015 had been endorsed by about 60 countries as of January 2021. [...]

The country's strategic partners, including Cuba, Russia, China, Iran and Turkey, have provided the regime a real lifeline. Thus, the government has been extremely effective in the use of international support for its overarching strategic goal, namely securing and tightening its own grip on power. The support is not an integral part of a long-term socioeconomic development strategy. Russia, China and Iran consider Venezuela a bridgehead for their own longer-term geopolitical interests in the region.

At first sight, COVID-19 infection and fatality rates appear to be fairly low in Venezuela. However, the data is probably incomplete, and even so, the pandemic is exacerbating the ongoing humanitarian crisis in Venezuela. According to a report by the Center for Strategic & International Studies (CSIS), the already dismal humanitarian situation has further worsened over the course of the pandemic. The government did not act transparently, but rather with a mixture of misinformation and conspiracy theories, and used the state of emergency as cover for repressive measures against the opposition and to punish dissenters.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Venezuela auf Platz 177 (2020: Platz 176). Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2020/index/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Durch den revolutionären, „bolivarischen“ Kurs des ehemaligen, 2013 verstorbenen Präsidenten Hugo Chavez haben sich die politischen Spannungen der Gesellschaft zwischen Regierungs- und Oppositionsanhänger:innen in den letzten Jahren deutlich verschärft. Dies hat zu einer steigenden Zahl gewaltsamer Auseinandersetzungen im Land geführt. 2014 kam es zu massiven Protesten gegen die sozialistische Regierung von Präsident Maduro, dem Nachfolger von Hugo Chavez, an denen insbesondere Studierende beteiligt waren. Seitdem wächst im tief gespaltenen Venezuela die Wut der Regierungsgegner:innen, was nicht zuletzt aus der schwierigen wirtschaftlichen Situation resultiert. Die Inflation ist hoch, die Kriminalität steigt. Auch Anfang 2015 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen. Das venezolanische Parlament stimmte im Januar 2017 einem Beschluss zur Entmachtung des Präsidenten Maduro wegen Nichterfüllung seiner Pflichten zu und forderte mit den Stimmen der oppositionellen Parlamentsmehrheit vorgezogene Neuwahlen. Ein symbolischer Akt, da dem Parlament diese Kompetenz laut Entscheidung des Obersten Gerichtshofs nicht zusteht.

Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 2018 wurde Maduro offiziell wiedergewählt. Allerdings wurde die Wahl im Januar 2019 von der Nationalversammlung als unrechtmäßig erklärt und deren Präsident, Juan Guaidó, zum Interimspräsidenten erklärt. Zwischenzeitlich wurde Guaidó von der überwiegenden Anzahl der EU-Mitgliedsstaaten sowie den meisten Staaten Nord- und Südamerikas anerkannt. Maduro wurde demgegenüber u. a. von Russland, Bolivien, Kuba, der Türkei und Nicaragua gestützt. Im Zuge der Parlamentswahlen im Jahr 2020 erlangte Maduro erneut die volle Macht über die staatlichen Institutionen – einige Länder und internationale Organisationen, darunter die EU, erkennen Guaidó seither nicht mehr als Interimspräsidenten an, trotz dem Umstand, dass sie die Wahlen weder als frei noch als fair bewerteten.

Bei Zusammenstößen zwischen Demonstrant:innen und staatlichen Sicherheitskräften starben 2019 UN-Angaben zufolge mehrere tausend Menschen. Auch paramilitärische Einheiten und Milizen werden von Staatsseite aus zur Protestbekämpfung eingesetzt. Die bewaffneten Oppositionskräfte attackierten demgegenüber in Guerilla-Operationen

Basen der staatlichen Streitkräfte. Mehrere Millionen Venezolaner:innen sind seitdem auf der Flucht.

Ein latenter Konflikt besteht zwischen der indigenen Bevölkerung Venezuelas, deren Zahl auf ca. 316.000 geschätzt wird, und den ihren Lebensraum gefährdenden Goldgräber:innen und Großgrundbesitzer:innen im Land. Die Verfassung von 1999 räumt den indigenen Gruppen umfassende Rechte ein. Dennoch sind diese Rechte in der Praxis bis heute nicht immer garantiert, sodass es immer wieder zu lokalen Zwischenfällen kommt.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Venezuela hat eine Fläche von insgesamt 912.050 Quadratkilometern und liegt im nördlichen Teil Südamerikas. Es grenzt im Norden an das karibische Meer, im Westen an Kolumbien, im Süden an Brasilien, Peru und Ecuador und im Osten an Guyana.

Politische Situation in der Region

Die Beziehungen zwischen Venezuela und Kolumbien sind angespannt und werden von anhaltenden Grenzstreitigkeiten belastet. Kolumbien ist das Hauptzielland von Menschen, die versuchen, der Krise in ihrem Herkunftsland zu entkommen. Kolumbiens ehemaliger Staatschef Iván Duque unterstützte den von der venezolanischen Nationalversammlung zum Interimspräsidenten erklärten Juan Guaidó. Schon früher wurde der venezolanischen Regierung von kolumbianischer Seite vorgeworfen, Drogenkartelle und Rebellengruppen wie die FARC in Kolumbien zu unterstützen. Duque erneuerte die Vorwürfe im Oktober 2019. Einen Höhepunkt erreichte der Konflikt zwischen Kolumbien und Venezuela jedoch bereits im April 2009 als venezolanische Truppen eine provisorische Brücke, die beide Staaten miteinander verband, in die Luft sprengten und einen kolumbianischen Soldat:innen auf venezolanischem Territorium verhafteten. Die Ankündigung des kolumbianischen Verteidigungsministers, eine neue militärische Basis in der Grenzregion von Guajira aufzubauen, veranlasste Venezuela zur Verlegung von 40 Panzern und Kampfhubschraubern in die Region. Auch im September 2015 eskalierte der Streit, als zwei venezolanische Militärflugzeuge über kolumbianisches Territorium flogen. Diese Eskalation war die Folge eines Konflikts an der gemeinsamen Grenze. Im August hatte Venezuela mehrere Grenzübergänge nach Kolumbien geschlossen und über tausend Kolumbianer:innen ausgewiesen. Damit reagierte die Regierung in Caracas auf einen Zwischenfall, bei dem drei venezolanische Soldat:innen verletzt worden waren.

Venezuela war seit 2012 Vollmitglied in der südamerikanischen Wirtschaftsunion MERCOSUR, der zurzeit außerdem Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay angehören. Die zunehmenden Einschränkungen von Menschenrechten und das teilweise gewaltsame Vorgehen gegen die Opposition in Venezuela (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“) führten im Dezember 2016 zur Suspendierung der Mitgliedschaft Venezuelas aus dem Bündnis.

Grenzkonflikte

Zwischen Venezuela und Kolumbien besteht weiterhin ein Konflikt um die Monjes Inseln. Darüber hinaus bestehen in der Region zahlreiche ungeklärte Grenzkonflikte, die

immer wieder zu diplomatischen Spannungen führen. Im September 2015 erreichten die Grenzkonflikte einen neuen Höhepunkt, als zwei venezolanische Militärflugzeuge über kolumbianisches Territorium flogen. Kolumbiens Regierung forderte daraufhin eine offizielle Erklärung. Diese Eskalation war die Folge eines Konflikts an der gemeinsamen Grenze. Im August hatte Venezuela mehrere Grenzübergänge nach Kolumbien geschlossen und über tausend Kolumbianer:innen ausgewiesen. Damit reagierte die Regierung in Caracas auf einen Zwischenfall, bei dem drei venezolanische Militärs verletzt worden waren. Maduro begründet seine Maßnahmen damit, sein Land vor paramilitärischen Angriffen und Schmuggler:innen aus Kolumbien schützen zu wollen. Die Grenzregion ist vorwiegend unter paramilitärischer Kontrolle und dient an manchen Stellen venezolanischen Guerillakämpfer:innen als Rückzugsgebiet. Maduro warf dem Nachbarland vor, die Situation zu dulden oder sogar zu unterstützen und damit zur Destabilisierung Venezuelas beizutragen.

Am 05. Oktober 2021 öffnete Venezuela seine Grenze zu Kolumbien nach zweijähriger Schließung wieder.

Regionale Rüstungskontrolle

Während des Kalten Krieges gab es eine Reihe von Rüstungskontrollanstrengungen, die jedoch weitestgehend unwirksam blieben. Als erfolgreichen Fall ist jedoch der Vertrag über eine Nuklearwaffenfreie Zone (Tlatelolco-Vertrag) in Lateinamerika zu nennen. Zusätzlich gibt es eine Reihe vertrauensbildender Maßnahmen in der Region, die zum Ziel haben, Transparenz bei Rüstungsimporten und -exporten zu erhöhen (OAS Waffen Konvention 1998, OAS Transparenz Konvention 1999).

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

In Venezuela sind derzeit keine ausländischen Militäreinheiten stationiert. In Kolumbien sind derzeit 50 US-Soldat:innen (US Southern Command) stationiert und etwa 650 in der Guantanamo Bay in Kuba.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) von 2017 beträgt die Piraterie-Rate von Software in Venezuela 88 Prozent und ist damit gegenüber dem vorherigen Erhebungsjahr (2015) um einen Prozentpunkt angestiegen. 2017 beliefen sich die Verluste durch Piraterie in Venezuela auf geschätzte 317 Millionen US-Dollar und waren somit deutlich niedriger als im Vorerhebungsjahr (2015: 402 Mio. USD).

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Piracy Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Nicht beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Nicht beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten (unter Vorbehalt)	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Venezuela ist ein wichtiges Transitland von Kokain, Heroin und Marihuana aus Kolumbien in die Vereinigten Staaten und nach Europa. In den Drogenhandel sind meist kolumbianische Rebellen Gruppen verwickelt, die auch auf venezolanischem Territorium aktiv sind. Die der Küste Venezuelas vorgelagerte Margarita Insel wird etwa dazu genutzt,

Gelder aus Drogengeschäften zu waschen. Hochrangige Politiker:innen und Militärs aus Venezuela sind am Drogenhandel beteiligt und profitieren davon.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten (unter Vorbehalt)	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegzeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Venezuela übermittelt weder im Rahmen des UN-Waffenregisters Angaben zu Rüstungsimporten und -exporten (die einzigen eingereichten Berichte stammen aus 1997 und 2002, von denen der letztere eigentlich keine Angaben enthält), noch im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung über Militärausgaben Informationen an die UN.

Da das Land dem Arms Trade Treaty nicht beigetreten ist, übermittelt es auch hier keine Berichte. Im Rahmen des Programme of Actio on small arms and light weapons reichte es bisher lediglich vier Berichte ein (2004, 2006, 2018 und 2020).

Unerlaubte Wiederausfuhr

Das US-Außenministerium befürchtet, Waffenlieferungen nach Venezuela könnten an kolumbianische Rebellen Gruppen weitergeleitet werden. Diese Befürchtungen haben sich in der Vergangenheit immer wieder bestätigt. So wurden bereits 2004 zahlreiche Waffen aus venezolanischen Beständen bei der FARC von der kolumbianischen Polizei entdeckt. Der kolumbianische Präsident bestätigte 2011, dass FARC-Rebell:innen Waffen, insbesondere Gewehre, erhalten haben, die aus Venezuela ins Land geschmuggelt wurden. Die venezolanische Regierung weist diese Vorwürfe stets von sich. Im Juli 2009 forderte Schweden Venezuela auf, zu erklären, wie schwedische Waffen, die nach Venezuela geliefert wurden, in den Händen der FARC konfisziert werden konnten.

Der Waffenhandel mit kolumbianischen Rebellen Gruppen wird begünstigt durch die wachsende Korruption sowie die porösen, kaum kontrollierbaren Grenzen im Norden Zentralamerikas. Es wird angenommen, dass der größte Teil der Waffen mit Hilfe von Motorbooten geschmuggelt oder per Landroute über die dicht bewaldeten Grenzen nach Kolumbien ausgeführt wird.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

A petrostate in decay, the country is characterized by the amassing of political and economic power in the hands of an autocratic ruling elite, unfettered corruption, patronage networks, weak institutional arrangements and the brutal repression of dissent. Gross mismanagement of fiscal, monetary, budgetary and foreign exchange policies, as well as extensive graft, has thrown the country into a complex humanitarian crisis. Under President Maduro's watch, the economy came to a grinding halt, with the GDP plummeting by 86% and inflation topping 65,000% (in 2018). The IMF forecasts further GDP contractions of -10% in 2021 and -5% in 2022.

The complex humanitarian crisis has left over 1 million children between three and 17 years of age out of school, and about 350,000 migrant children and youth at risk of lagging behind. Severe structural constraints such as extreme poverty, the lack of a skilled labor force and a decaying infrastructure restrict the regime's governance capacity. But these constraints did not exist when the regime came to power. They are the result of irresponsible macroeconomic management characterized by excessive state interventionism, arbitrary expropriations, and the destruction of the price system and market rules, all of which resulted in the strangulation of the private sector. The share of citizens living under conditions of extreme poverty surged to 79.3% in 2019, and the proportion of the workforce deemed skilled labor dropped to 42.3%, a consequence of the decaying education and training system, as well as the massive exodus of well-educated and skilled Venezuelans who have fled the country's crisis.

With oil production down to a trickle, other products such as gold took center stage in generating foreign exchange. The quasi-legitimization of irregular gold mining in collusion with criminal syndicates, along with the stealth sale of the gold produced for cash, helped the regime's leaders survive but also implied that they are involved with criminal gangs. The regime has been effective in clinging to power, while evidently insensible to the complex humanitarian crisis affecting the population. Even the recent steps to loosen the tight controls on the economy, such as de facto dollarization and the stealth reprivatization plan via the Anti-Blockade Law, are intended to serve as lifelines for the cash-strapped regime rather than a move toward liberalization.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

	2017	2018	2019	2020	2021
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	0,45	0,54	0,42	-	-
Militärausgaben/BIP	2,2	0,15	0,18	-	-
Gesundheitsausgaben/BIP	4,7	4,9	5,4	-	-

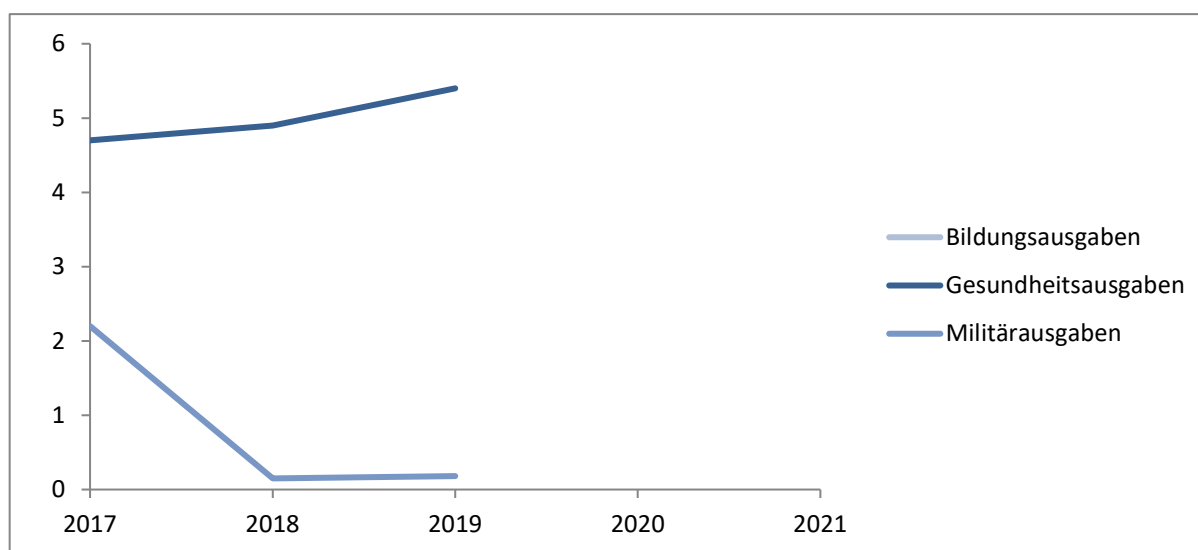
	2017	2018	2019	2020	2021
Bildungsausgaben/BIP	1,3	-	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2016	2017	2018	2019	2020
Auslandsverschuldung	175795	176106	182938	185598	189306
Anteil am BIP (in Prozent)	63	122,4	185,9	290,2	400,6
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	33,27	76,14	107,42	177,94	-
Net ODA (% of GNI)*	-	-	-	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	6,25	7,34	8,56	11,06	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2017	2018	2019	2020	2021
Militarisierungswert	184,1	115,9	117,7	117,7	121,4
Index-Platzierung	45	100	98	102	96

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2017	2018	2019	2020	2021
Brasilien	Militarisierungswert	102,1	104,3	103,2	101,5	97,1
	Index-Platzierung	113	111	115	114	116
Kolumbien	Militarisierungswert	156,9	153,5	153,7	158,4	153,0
	Index-Platzierung	61	62	64	61	66

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC). Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2022.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2017	2018	2019	2020	2021
Brasilien	Militärausgaben (absolut)	20057	21388	20465	19591	18747
	Militärausgaben/BIP	1,4	1,5	1,4	1,4	1,2
Kolumbien	Militärausgaben (absolut)	8760	8610	9256	9554	10006
	Militärausgaben/BIP	3,2	3,1	3,1	3,5	3,4

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,744	0,738	0,721	0,695	0,691

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe und o (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Venezuela befindet sich in Folge staatlichen Missmanagements in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Die Wirtschaft ist seit 2013 kontinuierlich geschrumpft. Seit 2014 sind etwa vier Fünftel der Wirtschaftsleistung verloren gegangen – ein Großteil der Bevölkerung lebt in Armut. Venezuela ist das Land mit den weltweit größten Erdölreserven, investierte unter Chávez und Maduro aber zu wenig der Einnahmen in eine Diversifizierung der Wirtschaft und brachte sich in der Folge in starke Abhängigkeit vom Erdölexport. Der Fall des Ölpreises ab 2014 war deshalb ein ökonomisches Desaster für das Land. Hinzu kommt eine zwischenzeitliche Hyperinflation, an der auch eine Währungsreform im Jahr 2019 zunächst wenig ändern konnte. Diese langanhaltende politische und ökonomische Krise hat auch gravierende Auswirkungen auf die soziale Entwicklung des Landes. Im Jahr 2019 erreichte der Anteil der in extremer Armut lebenden Bürger gravierende 79,3 %. Parallel sank der HDI-Wert des Landes von 0,774 in 2013 auf 0,691 in 2021. Stand 2019 waren bereits 80 Prozent venezolanischer Haushalte von Nahrungsmittelknappheit betroffen, 11,7 Prozent der Bevölkerung unterernährt und die Kindersterblichkeit hatte sich allein zwischen 2016 und 2018 um 30 Prozent erhöht. Zudem verfügten 2019 bereits vier von fünf Krankenhäusern nicht mehr über ausreichende Versorgungsstrukturen (Wasser, Strom, Medikamente und OP-Materialien).

Dies blieb zuletzt auch nicht ohne Auswirkungen auf die Militärausgaben. Während die Öleinnahmen noch bis 2013 Militärausgaben in Höhe von knapp 30 Millionen US-Dollar erlaubten, sanken sie in den Folgejahren deutlich. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrugen die Militärausgaben 2016 nur noch 0,5 Prozent. Danach stieg die Quote noch einmal an (2017: 2,2 Prozent des BIPs), fiel in den Jahren 2018 und 2019 aber bereits auf 0,2 Prozent zurück. Seither liegen keine Werte mehr vor, so dass eine aktuelle Bewertung schwierig ist.

Im Globalen Militarisisierungsindex des BICC liegt Venezuela nur auf einen mittleren Militarisisierungswert. Auch, wenn die Militärausgaben derzeit so gering sind, dass sie allgemein kaum als Gefahr für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes gewertet werden können, so stellen sie doch angesichts der enormen wirtschaftlichen Krise des Landes ein Risiko dar.